



**Botschaft
des Stadtrates an
den Gemeinderat**

Nr. 52/2003

F4.5

Aufgaben- und Leistungsüberprüfung in der Stadtverwaltung

Antrag

1. Der Gemeinderat nimmt von der verwaltungsintern durchgeführten Aufgaben- und Leistungsüberprüfung Kenntnis.
2. Der Stadtrat wird beauftragt, die gemäss Ziff. 5 beantragten Massnahmen weiter zu bearbeiten und über die Umsetzung jährlich im Rahmen des Verwaltungsberichts Rechenschaft abzulegen.
3. Das Postulat Suter und Mitunterzeichner betreffend Finanzen der Stadt Chur, vom Gemeinderat am 10. April 2003 überwiesen, wird abgeschrieben.

Zusammenfassung

Am 10. April 2003 hat der Gemeinderat das Postulat Suter und Mitunterzeichner an den Stadtrat überwiesen. Das Postulat verlangt zum einen eine Überprüfung der städtischen Aufgaben und Leistungen auf ihre Notwendigkeit, zum anderen eine Senkung der Ausgaben im Rahmen des Voranschlags 2004 um 2 % gegenüber dem Voranschlag des Vorjahres. Die Ausgabensenkung betrifft den Voranschlag 2004 (vgl. entsprechende Botschaft); vorliegend geht es um die Berichterstattung zur Aufgabenüberprüfung. Diese basiert auf Analysen, welche die Dienststellen gestützt auf einen Leitfaden zu erstellen hatten. Der Stadtrat hat die Analysen der Dienststellen einer kritischen Würdigung unterzogen und diese kategorisiert. In der vorliegenden Botschaft beantragt der Stadtrat, auf die Erfüllung einzelner Aufgaben zu verzichten, andere wiederum stellt er zur Diskussion.



Bericht

1. Ausgangslage

Die Unterzeichner des Postulats Suter begründen ihren Vorstoss zum einen mit dem Investitionsstau und zum anderen mit der Aufwandsteigerung der letzten Jahre, die ein mehrfaches der Indexteuerung betragen habe. Als Folge verlangt das Postulat, „alle städtischen Aufgaben und Leistungen auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen, Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen.“

In seinem Bericht vom 17. März 2003 pflichtet der Stadtrat den Postulanten insofern bei, als er Massnahmen sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite befürwortete. Es gelte zu untersuchen, inwieweit die Ausgaben reduziert oder zumindest stabilisiert werden könnten. Die von den Postulanten für die Aufgabenüberprüfung gesetzte Frist von Ende 2003 erachtete der Stadtrat allerdings als zu kurz bemessen; bis zu diesem Zeitpunkt sei nur eine summarische Analyse der Aufgaben möglich.

Das Postulat wurde an der Sitzung vom 10. April 2003 im Sinne der Postulanten mit 14 zu 7 Stimmen überwiesen, weshalb der Stadtrat nun gleichzeitig mit der Beratung des Vorschlags 2004 Bericht erstattet.

2. Grundsätzliche Überlegungen

In der politischen Diskussion wird regelmässig gefordert, die öffentliche Hand solle sich auf ihre *Kernaufgaben* konzentrieren. Auch das Postulat Suter geht sinngemäss in diese Richtung. Als Kernaufgaben betrachtet der Stadtrat

- Aufgaben, bei welchen die Stadt kraft öffentlichen Rechts hoheitlich tätig ist;
- Aufgaben, welche durch Private nicht wirtschaftlicher erbracht werden können.

Mindestens so wichtig wie die Frage nach der Notwendigkeit ist jene nach dem Standard, gemäss welchem eine Aufgabe erfüllt wird. Der Standard der öffentlichen Dienstleistungen befindet sich in der Schweiz anerkanntermassen auf einem sehr hohen Niveau. Durch eine Reduktion dieses Qualitätsstandards könnten vielerorts Kosten eingespart werden, ohne dass die betreffenden Leistungen dadurch ihres Sinns entleert würden. Allerdings dürften sich regelmässig Akzeptanzprobleme stellen.



Eine systematische, flächendeckende Aufgabenüberprüfung wurde in der Stadtverwaltung bisher noch nie durchgeführt. Es gehört aber zu den ständigen Aufgaben des Stadtrates und der Dienststellenleitenden, bestehende Organigramme, Aufgaben und Abläufe periodisch zu hinterfragen und diese vor allem im Hinblick auf personelle Vakanzen zu optimieren:

- *Beispiel Rückgabe der Sozialberatung*

Als jüngstes Beispiel sei die Rückgabe der Sozialberatung an den Kanton genannt, welche auf Grund des Missverhältnisses von Entschädigung und effektivem Aufwand durch die Stadt initiiert wurde.

- *Beispiel Werkbetrieb*

Ein weiteres Beispiel sind die Optimierungen beim Werkbetrieb, die seit 1995 realisiert wurden:

- Der Personalbestand wurde von 66 auf heute 59 Stellen reduziert;
- Dennoch wurde der Standard vorab in der Strassenreinigung merklich erhöht, im Bereich des baulichen Unterhalts blieb er trotz Personalabbau gleich;
- Durch vermehrten Einsatz von Moloks werden weniger Fahrzeuge benötigt, was zu tieferen Sammelkosten pro Tonne Abfall führt (1998: Fr. 105.--/t; 2002: Fr. 90.--/t);
- Auf eine regelmässige Nassreinigung der Strassen wird seit einigen Jahren verzichtet, wodurch jährlich Kosten von Fr. 250'000.-- eingespart werden können;
- Die Kosten für den Winterdienst sind seit 1995 etwa konstant, obschon der Standard deutlich erhöht wurde (z.B. Velowege).

Weitere Beispiele sind bei den Dienststellen aufgeführt.

Auch der technische Fortschritt wurde und wird in allen Bereichen genutzt, vor allem natürlich in der Informatik. Dadurch können heute mit gleich viel Personal bedeutend mehr und vor allem komplexere Aufgaben erfüllt werden.

**Entwicklung Personalbestand Verwaltungs- und Betriebspersonal Stadt Chur 1992 bis 2002 (ohne Lehrpersonen):**

Jahr	Teilzeit	Vollzeit	Reinigung	Total
1992	21	384	100	505
1993	39	368	101	508
1994	41	376	100	517
1995	46	370	105	521
1996	43	372	105	520
1997	57	364	93	514
1998	57	378	91	526
1999	57	386	93	536
2000	72	380	94	546
2001	64	358	107	529
2002	79	373	111	563

Die Zahl der städtischen Angestellten ist im Gegensatz zu anderen öffentlichen Verwaltungen seit 1992 relativ stabil, bei den Vollzeit-Angestellten ist sogar ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Dem allgemeinen Trend entsprechend haben vor allem die Teilzeitanstellungen zugelegt. Aufgestockt wurde in den letzten Jahren namentlich bei der Stadtpolizei, den Sozialen Diensten, der Steuerverwaltung und beim Amt für Telematik.

Im Zusammenhang mit der Aufgabenerfüllung der Stadtverwaltung kommt auch der Geschäftsprüfungskommission eine wichtige Rolle zu. Ihr obliegt unter anderem die „Prüfung der Verwaltungstätigkeit im Allgemeinen“ (Art. 14 Abs. 2 Stadtverfassung). Praktisch bedeutet dies, dass die Aufgabenerfüllung zweimal jährlich durch die GPK-Mitglieder sehr kritisch und detailliert hinterfragt und mit Departementsvorstehern und Dienststellenleitenden intensiv diskutiert wird. Die GPK unterstützt so indirekt die Arbeit des Stadtrates.

3. Überprüfung der Aufgaben auf ihre Notwendigkeit - Vorgehen

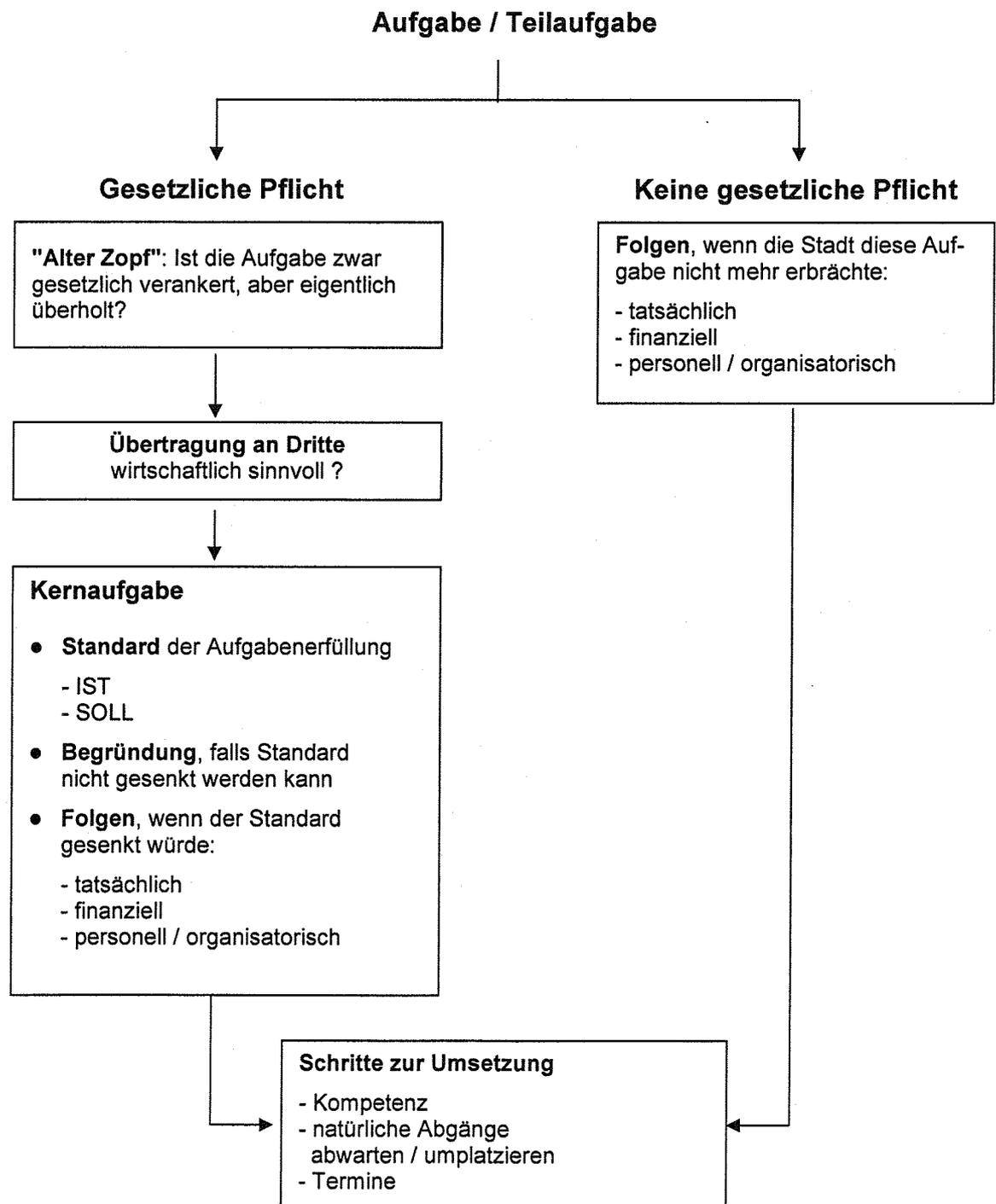
An einer Chefbeamtenkonferenz im Mai wurden sämtliche Dienststellenleitenden durch den Stadtrat über das Postulat orientiert. Für das Vorgehen wurde folgende Anleitung abgegeben:



Schema zur Aufgabenüberprüfung

Grundsätze

- **Auslegeordnung**
Der Gemeinderat soll eine Auslegeordnung erhalten, anhand derer Entscheide für das weitere Vorgehen gefällt werden können.
- **Vollständigkeit**
Alle Haupt- und Teilaufgaben sind zu hinterfragen.





Zudem erstellte die Finanz- und Liegenschaftenverwaltung ein Formular, in welches die Teilaufgaben und deren Beurteilung übersichtlich dargestellt werden konnten (vgl. Aktenauflage). Für die Analyse ihrer Aufgaben erhielten die Dienststellen zwei Monate Zeit.

4. Beurteilung der Berichte

4.1 Allgemeines

Betrachtet man die Analysen der Dienststellen, fällt folgendes auf:

- Vielerorts werden Massnahmen vorgeschlagen, um die Kostenwahrheit herzustellen bzw. zu erhöhen (z.B. Verrechnung effektiver Kosten, v.a. bei öffentlichen Anlässen);
- Einige Aufgaben könnten an sich an Dritte übertragen werden, doch wäre dies nicht mit Kosteneinsparungen verbunden. Vielfach sprechen auch andere Gründe gegen eine Auslagerung, etwa weil verwaltungsinternes Know-how als notwendig erachtet wird und Abhängigkeiten vermieden werden sollen;
- Häufig werden unechte Sparvorschläge vorgebracht, wo die negativen Auswirkungen den Einspar-Effekt bei weitem übertreffen würden (z.B. Reduktion von Unterhaltsarbeiten).

Die von den Dienststellen vorgeschlagenen Massnahmen hat der Stadtrat wie folgt kategorisiert:

unecht	1 *
indiskutabel	2 *
diskutabel	3
Antrag Stadtrat	4

* nicht in der Botschaft aufgeführt, vgl. Aktenauflage

Aus Sicht des Stadtrates diskutabile Massnahmen sind in der vorliegenden Botschaft aufgeführt (grau unterlegt), ebenso die durch den Stadtrat beantragten. Unechte und indiskutable Massnahmen können den durch die Dienststellen erstellten Listen in der Aktenauflage entnommen werden.



4.2 Departement 1

4.2.1 Allgemeine Verwaltung

a) Stadtkanzlei

Die Stadtkanzlei ist Stabsstelle des Stadtrates, zuständig für die Durchführung von Wahlen und Abstimmungen und Anlaufstelle im Rathaus. In den vergangenen Jahren wurde die 100 %-Stelle eines Weibels nicht mehr ersetzt, und auch die Hauswartung wurde von einem Voll- in ein Teilpensum umgewandelt. Zu Beginn dieses Jahres wurde zudem das Pensum des Sekretariats der Stadtkanzlei um 20 % auf 80 Stellenprozent gesenkt. Die Stadtkanzlei verfügt zur Zeit über 400 Stellenprozent.

Rund 80 Stellenprozent werden für das Quartieramt verwendet. Die Stadt Chur ist gesetzlich verpflichtet, militärische Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. Der personelle Aufwand für den Unterhalt der militärischen Unterkünfte wurde dieses Jahr durch die Finanz- und Liegenschaftenverwaltung überprüft und für realistisch befunden. Aufgrund dieser Abklärungen hat der Stadtrat beschlossen, die vakante Stelle wieder zu besetzen.

Bei der Stadtkanzlei sieht der Stadtrat keinen Handlungsbedarf.

b) Stadtarchiv

Gestützt auf die kantonale Verordnung über die Gemeinde-, Kreis und Bezirksarchive (BR 490.150) besteht eine grundsätzliche Archivierungspflicht für die Gemeinden. Die Aufgaben des Stadtarchivs bestehen im Wesentlichen in der Aufbewahrung, Sicherung und Erschliessung von Archivgut. Daneben veranstaltet das Stadtarchiv jährlich eine Ausstellung (z.B. „Architektenträume“, „Chur im Untergrund“). Dass eine Stadt von der Bedeutung Churs ein professionelles Archiv unterhält, dürfte unbestritten sein.

Als Folge der zweiprozentigen Aufwandreduktion im Rahmen des Voranschlags 2004 wird das Stadtarchiv nur noch alle zwei Jahre eine Ausstellung durchführen, wodurch jährlich ca. Fr. 14'000.-- eingespart werden können. Personell ist das Stadtarchiv mit 150 Stellenprozent knapp dotiert: Sämtliches Archivgut der Jahre 1927 - 1977 ist komplett unerschlossen und muss dringend aufgearbeitet werden. Dafür benötigte das Stadtarchiv während fünf Jahren 100 zusätzliche Stellenprozent. Dieser Antrag für eine temporäre Anstellung ist zur Zeit sistiert.

Im Bereich des Stadtarchivs sieht der Stadtrat keinen Handlungsbedarf.



c) Rechtskonsulent

Der Rechtskonsulent verfügt über ein Pensum von 60 Stellenprozenten. Angesichts der zahlreichen laufenden Tagesgeschäfte sowie der ausserordentlichen und umfangreichen Projekte befindet sich dieses Pensum an der untersten Grenze (Ausgliederung der IBC, Totalrevision der PVO, Totalrevision der Stadtverfassung, Totalrevision Baugesetz).

Beim Rechtskonsulenten sieht der Stadtrat im Moment keinen Handlungsbedarf.

d) Einwohnerkontrolle

Der Einwohnerkontrolle obliegt das ganze Meldewesen für Schweizer und Ausländer, das Ausstellen von Bescheinigungen und Ausweisen. Der Personalbestand der Einwohnerkontrolle ist seit 1992 (980 Stellenprozente) in etwa konstant und beträgt heute 11 Personen (950 Stellenprozente). Dies, obschon das Meldewesen immer komplexer wird. Jüngstes Beispiel dafür sind die Bilateralen Verträge, die zu einer deutlichen Mehrbelastung der Einwohnerkontrolle geführt haben. So muss die Einwohnerkontrolle die Krankenversicherungspflicht von Ausländerinnen und Ausländern überprüfen und falls nötig Zwangszuweisungen einleiten. Personelle Einsparungen liessen sich durch eine Einschränkung bei den Öffnungszeiten erzielen, doch möchte der Stadtrat die heutigen, kundenfreundlichen, durchgehenden Öffnungszeiten von 08.00 bis 17.00 Uhr belassen.

Die Einwohnerkontrolle erhebt zahlreiche Gebühren, die momentan einer Überprüfung unterzogen werden. Im Vergleich mit anderen Gemeinden hat Chur zum Teil sehr tiefe Gebühren. Ein weiteres Problem ist auch der Kostenteiler zwischen Kanton und Gemeinden etwa bei den Identitätskarten und dem Schweizer Pass, der aus Sicht des Stadtrates dem effektiven Aufwand zu wenig Rechnung trägt. Der Stadtrat wird dieses Problem im 2004 angehen.

Bei der Einwohnerkontrolle sieht der Stadtrat ansonsten keinen Handlungsbedarf.

e) Drucksachen- und Materialzentrale

Der DMZ obliegen der zentrale Einkauf sämtlichen Verbrauchsmaterials, des Mobiliars, Druckaufträge und die Beschaffung von Treibstoffen. Vor ein paar Jahren wurde der DMZ zudem der Bereich der Sachversicherungen übertragen, dessen Administration etwa einem Pensum von 20 Stellenprozenten entspricht. Die DMZ hat sich in den letzten Jahren zu einem Kompetenzzentrum für die Bereiche Material und Druck entwickelt, das für die Stadt-, Kreis- und Bürgerverwaltung qualitativ hochstehende Dienstleistungen erbringt. Die heutige Praxis einer einheitlichen Beschaffungspolitik dürfte sich auch finanziell auszahlen. Die Aufgaben der DMZ könnten theoretisch wie folgt verteilt werden:



Reinigungsmaterialien	→	Liegenschaftenverwaltung
Mobiliar	→	Liegenschaftenverwaltung
Beschaffung Treibstoffe	→	Finanz- und Liegenschaftenverwaltung
Drucksachen	→	Abteilungen/Stadtkanzlei
Büromaterial	→	Kooperation mit der KDMZ
Schulmaterial	→	Schulhäuser
Sachversicherungen	→	externer Broker

Offen ist allerdings, ob mit einer solchen Umverteilung Stellenprozentente eingespart werden können. Dennoch ist der Stadtrat bereit, nähere Abklärungen zu treffen.

f) Amt für Telematik

Wie die DMZ ist auch das Amt für Telematik ein typisches „Querschnittsamt“, welches ausschliesslich Leistungen für Dienststellen der Stadtverwaltung erbringt. Sämtliche Kosten der Informatik einschliesslich Telefonie werden auf Kostenträger überwält. Bei den PCs werden Betriebs- und Erneuerungskosten in einer jährlichen Pauschale zusammengefasst. Die Bedeutung der Informatik nimmt stetig zu, und ein Ende ist nach Jahren rasanten Wachstums immer noch nicht absehbar. Beim Amt für Telematik steht aus Sicht des Stadtrates denn auch weniger eine Aufgabenüberprüfung im Vordergrund, sondern vielmehr die Frage nach der rationellen Nutzung der Informatik und deren Kosten.

Nach einer längeren Konsolidierungsphase kann das Amt für Telematik mittlerweile die Früchte seiner Arbeit ernten. So konnten die Kosten pro PC - eine wichtige Kenngrösse - von durchschnittlich jährlich Fr. 5'050.-- im Jahr 2002 auf gegenwärtig Fr. 3'800.-- gesenkt werden. Diese erfreuliche Entwicklung schlägt sich auch im Voranschlag 2004 nieder und ist auf folgende Gründe zurückzuführen, die branchenüblichen Standards entsprechen:

- Hoher Grad an Standardisierung bei Hard- und Software
- Periodischer Ersatz der Hardware alle drei bis vier Jahre
- Zentrale Wartung der Systeme

Dieser Philosophie folgt auch die Informatik-Strategie der Stadt Chur, die der Gemeinderat mit Botschaft 46/2002 zur Kenntnis genommen hat. Effiziente Hilfsmittel allein reichen jedoch nicht aus, um die Effizienz zu steigern. Die Ausbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird in den kommenden Jahren einen hohen Stellenwert geniessen, damit die bestehenden und neuen Möglichkeiten optimal genutzt werden können.

Beim Amt für Telematik sieht der Stadtrat keinen Handlungsbedarf.



4.2.2 Personalamt

Das Personalamt erfüllt heute ausschliesslich Kernaufgaben wie Kontrolle des Vollzugs der PVO, Gehaltswesen, Sozialversicherungen, Personaladministration und Personalentwicklung. Als neue Aufgabe obliegt dem Personalamt der Vollzug der Gesetzgebung im Bereich Arbeitssicherheit. Das Personalamt ist im Quervergleich mit vier Vollzeitstellen knapp dotiert, geht man von einem branchenüblichen Richtverhältnis von 150 Angestellten auf einen Vollzeitangestellten im Personalbereich aus. Der Bereich der Arbeitssicherheit könnte theoretisch ausgelagert werden, doch würde sich dies - wie konkrete Offerten zeigen - wirtschaftlich nicht lohnen. Im Bereich der Arbeitssicherheit erachtet es der Stadtrat als wichtig, über das nötige verwaltungsinterne Know-how zu verfügen. Ein weitere Aufgabe ist die Administration im Bereich der Pensionsversicherung, für welche die Stadt von der Rentenanstalt mit 70'000 Franken jährlich entschädigt wird. Eine Ausgliederung dieser Arbeiten wäre theoretisch möglich, jedoch nicht sinnvoll. Der Stadtrat erachtet es auch hier als wichtig, das Know-how innerhalb der Verwaltung zur Verfügung zu haben.

Beim Personalamt sieht der Stadtrat keinen Handlungsbedarf.

4.2.3 Stadtpolizei

Zusätzlich zu den Kernaufgaben der Gemeindepolizeien („Ruhe und Ordnung“) erfüllt die Stadtpolizei zahlreiche Zusatzaufgaben, die eigentlich in das Aufgabengebiet der Kantonspolizei fallen würden. Dazu gehören vor allem umfassende Aufgaben im Zusammenhang mit der Verkehrspolizei. Würde sich die Stadtpolizei hier auf ihre Kernaufgaben beschränken, hätte dies zwar Einsparungen zur Folge, doch wären die Auswirkungen in Bezug auf die öffentliche Sicherheit in Chur ganz eindeutig negativ zu werten. Die Autonomie in diesem Bereich wäre stark beeinträchtigt, ebenso die Attraktivität der Stadtpolizei als Arbeitgeberin. Für die Zusatzaufgaben wird die Stadt Chur heute mit jährlich Fr. 250'000.-- entschädigt, ein Ansatz, der von den tatsächlichen Kosten weit entfernt ist. Es ist das Ziel des Stadtrates, eine höhere Entschädigung mit dem Kanton auszuhandeln; entsprechende Gespräche wurden aufgenommen. Die Zusatzaufgaben im Bereich des rollenden Verkehrs bringen jedoch auch Mehreinnahmen aus Ordnungsbussen von jährlich über Fr. 400'000.--.

Aufgaben der Dienststelle	Möglichkeit zur Reduktion des Aufwandes	Einsparpotential Franken pro Jahr	Folgen bei Realisierung (Personell, qualitativ, quantitativ, auf Einnahmen, bei Dritten usw.)	Kompetenz
Pilzkontrolle	Streichen der Dienstleistung Pilzkontrolle im Schalterraum der Stadtpolizei	15'000.--	Aufhebung einer beliebten Dienstleistung	SR



Vollkosten-Verrechnungen bei Veranstaltungen, Sportanlässen usw.	Sämtliche polizeiliche Aufwendungen, insbesondere den personellen Aufwand weiterverrechnen	+ 50'000.--	Viele Veranstalter (Fasnacht, Sportanlässe usw.) würden mit Erlassgesuchen an den SR gelangen	SR
Markierungsarbeiten	Sämtliche Markierungsarbeiten würden an Dritte vergeben (ohne Personalkosten)	15'000.--	Bei sog. "Flickarbeiten" kann heute sofort reagiert werden. Bei Vergabe an Dritte wäre dies relativ schwierig. Die Finanzierung würde neu über das Bauamt erfolgen	SR

4.2.4 Finanzkontrolle

Die Finanzkontrolle ist mit vier Vollzeitstellen dotiert. Ihre primäre Aufgabe besteht in der finanziellen Aufsicht (interne Revision) über die Stadtverwaltung. Daneben prüft sie die Rechnungen von Institutionen und Betrieben, welche städtische Subventionen erhalten. Die Aufgaben der Finanzkontrolle könnten theoretisch an eine externe Revisionsgesellschaft übertragen werden, doch erscheint dies weder aus finanzieller noch aus betrieblicher Sicht opportun.

Bei der Finanzkontrolle sieht der Stadtrat deshalb keinen Handlungsbedarf.

4.2.5 Finanz- und Liegenschaftenverwaltung

a) Finanzverwaltung

Der Finanzverwaltung obliegen die Aufgaben finanzielle Führung, Rechnungswesen und Controlling. Sie führt Buchhaltungen für Dritte, doch werden diese Kosten in Rechnung gestellt. Im Bereich Finanzverwaltung sieht der Stadtrat keinen Handlungsbedarf, erwartet aber im Rahmen des Projekts „Ablösung Kernapplikationen“ eine Vereinfachung der Arbeitsabläufe und damit verbunden eine Effizienzsteigerung.

b) Liegenschaftenverwaltung

Alle städtischen Liegenschaften werden nach Kriterien, wie sie in der Privatwirtschaft üblich sind, bewirtschaftet. Im Übrigen wird auf die Botschaft des Stadtrates zur „Boden- und Liegenschaftenpolitik der Stadt Chur“ (Nr. 42/2003) verwiesen, wo der Gemeinderat in der November-Sitzung Gelegenheit hatte, sich im Detail zu den Grundsätzen bezüglich Liegenschaftsbewirtschaftung zu äussern.



c) Sportanlagen

Aufgaben der Dienststelle	Möglichkeit zur Reduktion des Aufwandes	Einsparpotential Franken pro Jahr	Folgen bei Realisierung (Personell, qualitativ, quantitativ, auf Einnahmen, bei Dritten usw.)	Kompetenz
Aquamarin	Verzicht auf Begrünung	12'000.--	Qualitätsverlust	Dep
Freibad	Kürzere Öffnungszeiten (3 Wochen/Jahr)	10'000.--	Qualitätsverlust	SR
Kunsteisbahn Obere Au	Reduktion der Öffnungszeiten	19'000.--	Qualitätsverlust	SR
	Verzicht auf Ausbau als Ersatz für KEB Calanda	40'000.--		GR

4.2.6 Steuerverwaltung

Die Tätigkeit der Steuerverwaltung ist in besonderem Masse von gesetzlichen Vorschriften geprägt. Einzig die Führung des Steuerbezugsvereins ist keine Kernaufgabe.

Aufgaben der Dienststelle	Möglichkeit zur Reduktion des Aufwandes	Einsparpotential Franken pro Jahr	Folgen bei Realisierung (Personell, qualitativ, quantitativ, auf Einnahmen, bei Dritten usw.)	Kompetenz
Steuerbezugsverein Führen des Steuerbezugsvereins	Aufgabe dieser Dienstleistung (für städtische Angestellte)	20'000.-- Lohn 60'000.-- Entschädigung	- Reduktion einer Stelle von 100 % auf 80 % - Wegfall von Fr. 15'000.-- Entschädigung des Vereins - vermehrter Inkassoaufwand - Wegfall des Zinsvorteils der Finanzverwaltung durchschnittlich Fr. 15'000.-- jährlich	SR

4.3 Departement 2

4.3.1 Stadtschule

Die Stadtschule hat im Laufe von gemeinsamen Sparbemühungen mit dem Kanton vor wenigen Jahren die städtische Wirtschaftsmittelschule dem Kanton übertragen. Durch die Fusion zweier Schulen konnten auf Seite Stadt jährliche Einsparungen von rund Fr. 600'000.-- erzielt werden.



Die Stadtschule führt zahlreiche Aufgaben an, die zwar ohne weiteres reduziert werden könnten, jedoch deutlich negative Auswirkungen auf die Schulqualität hätten (vgl. Aktenauf-
lage). Die Schulqualität erträgt aus Sicht des Stadtrates jedoch keine Beeinträchtigung,
weshalb solche Massnahmen als „indiskutabel“ qualifiziert wurden.

Aufgaben der Dienststelle	Möglichkeit zur Reduktion des Aufwandes	Einsparpotential Franken pro Jahr	Folgen bei Realisierung (Personell, qualitativ, quantitativ, auf Einnahmen, bei Dritten usw.)	Kompetenz
Intensivfortbildung Lehrpersonen	Weniger Bewilligungen	40'000.--	Qualitative Verschlechterung der Berufsqualität. In den letzten Jahren beanspruchten die Bildungsurlaube für die obligatorische Sprachausbildungen den Hauptteil dieser Aufwendungen. Es besteht ein Nachholbedarf für allgemeine Bildungsurlaube.	GR
Primarschulen Befreiung vom Turnunterricht für Hausvorstände und andere	Die Hausvorstände der Primarstufe sind traditionell vom Turnunterricht befreit. Lehrpersonen, die nicht schwimmen, begleiten ihre Klassen zur Oberen Au, ohne dort zu unterrichten. Schliesslich sind die Primarlehrpersonen bereits ab 50 vom Turnunterricht dispensiert. Das führt zu Klasseinteilungen und damit zu zusätzlichen Pensen.	150'000.--	Unmut bei den betroffenen Lehrpersonen (Gewohnheitsrecht), organisatorische Probleme durch vermehrte Aufspaltung der Pensen der Lehrpersonen.	Schulrat/GR
Maiensäss	Es könnte ein anderer Rhythmus für den kostümierten Maiensässumzug gewählt werden. Zur Zeit beträgt dieser 3 Jahre. Im Durchschnitt beträgt der Aufwand in den Jahren mit kostümiertem Umzug ca. Fr. 30'000.--, in den übrigen Jahren ca. Fr. 7'000.--.	7'000.--	Grosse Enttäuschung im schulischen Umfeld	Schulrat
Verwaltung der Schulhäuser und Turnhallen Anschaffung und Unterhalt von Mobiliar und Maschinen	Der Standard könnte vermindert werden.	30'000.--	Qualitative Verschlechterung	GR



Einsatz von Stellvertretungen	Damit der Schulausfall möglichst klein wird, werden bei planbaren Ausfällen von mehr als einem Tag Stellvertretungen eingesetzt. Diese Regelung könnte geändert werden, beispielsweise so, dass Stellvertretungen erst ab dem 3. Tag eingesetzt werden.	5'000.--	Dies würde zu vermehrtem Schulausfall und damit zu Unzufriedenheit führen. Mit dem Ausbau des Angebots an Kindertagesstätten könnte das Problem entschärft werden.	Schulrat/ GR
-------------------------------	---	----------	--	-----------------

4.3.2 Gewerbliche Berufsschule Chur (GBC)

Hier könnte die bedeutendste Einsparung durch eine Änderung der Trägerschaft der GBC erreicht werden. Gemäss Art. 89 Abs. 3 der neuen Kantonsverfassung sind nicht mehr die Gemeinden, sondern der Kanton für den Bereich der Berufsschulen verantwortlich. Zur Zeit ist ein Auftrag Jäger bei der Regierung hängig, der eine Überprüfung der Trägerschaften sämtlicher Berufsschulen im Kanton zum Ziel hat. Die Regierung empfiehlt dem Grossen Rat, dem Auftrag zuzustimmen. Ansonsten ist der Handlungsspielraum der Stadt bescheiden, da Bund und Kanton über die wesentlichen Vorgaben bestimmen.

Aufgaben der Dienststelle	Möglichkeit zur Reduktion des Aufwandes	Einsparpotential Franken pro Jahr	Folgen bei Realisierung (Personell, qualitativ, quantitativ, auf Einnahmen, bei Dritten usw.)	Kompetenz
Beenden der Subventionen von Churer Schülern an der Berufswahlschule Chur BWS (Aufheben des Gemeinderatsentscheides aus dem Jahre 1984)	Diese Subventionsminderung ergäbe zur Zeit mit 20 BWS-Schülern à Fr. 900.-- ein Total von Fr. 18'000.-- Mehreinnahmen an der Berufswahlschule Chur	+ 18'000.--		SR
Unvorgesehene Anschaffungen Direktor	Mit der Streichung würde kein spürbarer Unterrichtsqualitätsverlust entstehen. Die eingeschränkte direktoriale Flexibilität könnte mit gut begründeten Nachtragskrediten korrigiert werden.	10'000.--		GR

4.3.3 Schulzahnklinik

Aufgrund der Gemeinderatsbeschlüsse vom 22. November 2001 und vom 19. Juni 2003 steht nach Ansicht des Stadtrates die Frage, ob die Stadt eine Schulzahnklinik unterhalten soll, nicht zur Diskussion. Auch das Angebot von kieferorthopädischen Behandlungen wur-



de vom Gemeinderat anerkannt, sofern dieses wirtschaftlich interessant ist. Anfangs November 2003 hat die neue Kieferorthopädin ihre Tätigkeit an der Schulzahnklinik aufgenommen.

Aufgaben der Dienststelle	Möglichkeit zur Reduktion des Aufwandes	Einsparpotential Franken pro Jahr	Folgen bei Realisierung (Personell, qualitativ, quantitativ, auf Einnahmen, bei Dritten usw.)	Kompetenz
Beratungsgespräche mit Eltern	Werden bisher gratis angeboten. Zukünftig gegen Verrechnung	+ 12'000.--	Attraktivität der Schulzahnklinik sinkt. Weniger Nachfrage nach Behandlungen → weniger Gesamteinnahmen.	SR
Berechnung versäumte Sitzung	Regelmässige Berechnung	+ 6'000.--	Zahlungsmoral sinkt. Ärger und Zeitaufwand steigen. Beweispflicht?	SR
Gewährung von einem Stadtbeitrag zu den Behandlungskosten	Wegfallen des 10%igen Stadtbeitrages zu den Kosten der konservierenden Behandlung für alle oder einkommensabhängige Zahlung des Stadtbeitrages.	84'000.--		GR

4.3.4 Soziale Dienste

Die Vereinbarung bezüglich Sozialberatung wurde durch die Stadt Chur per Ende 2003 gekündigt, weil der jährliche Betriebsbeitrag von rund Fr. 800'000.-- als nicht kostendeckend erachtet wurde. Durch die Übergabe der Sozialberatung an den Kanton können rund neun Stellen eingespart werden.

Aufgaben der Dienststelle	Möglichkeit zur Reduktion des Aufwandes	Einsparpotential Franken pro Jahr	Folgen bei Realisierung (Personell, qualitativ, quantitativ, auf Einnahmen, bei Dritten usw.)	Kompetenz
Aufsuchende Jugendarbeit	Möglich, aber sehr fraglich	10'000.--	Weniger Einflussnahme auf Jugendszenen	SR

Im Übrigen erbringen die Sozialen Dienste praktisch ausschliesslich Kernaufgaben; deshalb gibt es aus Sicht des Stadtrates keinen Handlungsbedarf.



4.3.5 Forst- und Alpverwaltung

Die Hälfte des Territoriums der Stadt Chur ist mit Wald bestockt. 75 % davon kommt besondere Schutzfunktion zu. Die Unwetter vom November 2002 haben die existenzielle Bedeutung von Schutzwäldern, aber auch von Waldpflege und Schutzverbauungen, für den ganzen Kanton deutlich vor Augen geführt. Auch wenn die Holzschläge seit dem Sturm „Lothar“ defizitär sind, benötigt die Stadt für die beiden Reviere Chur und Arosa weiterhin einen eigenen Forstdienst mit stadteigener Forstgruppe. In den letzten Jahren wurden in der Forst- und Alpverwaltung mehrere Stellen abgebaut, insbesondere wurde im Jahre 2000 die Stelle des Revierförsters Untertor nicht wiederbesetzt.

Im Laufe des Jahres 2003 wurde eine Betriebsanalyse über die Tätigkeit der Forst- und Alpverwaltung erstellt. Der Vergleich mit anderen Gemeinden im Bündner Rheintal ergibt eine grundsätzlich positive und effiziente Betriebsstruktur. Einsparmöglichkeiten zeigen sich darin, den Personalbestand im Rahmen von natürlichen Abgängen noch einmal leicht zu reduzieren. Durch die Reduktion bisheriger Arbeiten (z.B. Reduktion Wegunterhalt) werden allerdings die bisherigen Standards verschlechtert.

Gestützt auf Art. 4 der Alpverordnung (RB 566) obliegt der Forst- und Alpverwaltung nebst der Forstverwaltung auch die Verwaltung und Bewirtschaftung der Churer Alpen. Diese Teilaufgabe ist wirtschaftlich interessant.

Aufgaben der Dienststelle	Möglichkeit zur Reduktion des Aufwandes	Einsparpotential Franken pro Jahr	Folgen bei Realisierung (Personell, qualitativ, quantitativ, auf Einnahmen, bei Dritten usw.)	Kompetenz
Forstbetrieb	Abgabe von Eigenleistungen an Dritte bzw. Unternehmungen (Reduktion bei den Konten 3940 und 3188).	Offen	Personalabbau (2 Personen). Deutliche Mindereinnahmen beim Verkauf von Nutzholz (4350). Teilweise auch Abgabe von Kernaufgaben.	SR
Unterhalt Waldwege	Verzicht auf den Unterhalt von nicht subventionierten Wegen und Wegabschnitten. Abbau der Unterhaltsintensität. Verzicht auf rasche Wiederinstandstellung nach Unwettern.	Offen	Zunahme der Werkeigentümerhaftungsfälle. Abbau der Erholungsfunktion infolge schlechter Begeh- und Befahrbarkeit der Waldwege. Mehraufwand durch erschwerte Zugänglichkeit in den Wald, in die Tobel usw. Der qualitative Abbau bei den Infrastrukturanlagen bedingt Abbau der Kernaufgaben und klare Mehraufwände bei Unwetter usw.	Dep



Alpbetrieb	Nur bei Auslagerung des Alpbetriebs.	Offen	Abbau einer Kernaufgabe. Abbau personeller Auslastung. Verzicht auf Einnahmen. Abbau der Qualitätssicherung sowie unvorhersehbare Folgen für die Churer Landwirtschaft inkl. Tourismus.	Volk/ GR
Tourismus: Spazier- und Wandwege	Abbau des Unterhalts und der Instandstellungen.	10'000.--	Abbau bei der personellen Auslastung. Erhöhung von Werkhaftungsfällen. Attraktivitäts- und Imageverlust.	SR
Unterhalt Alpwege	Verzicht auf die Instandstellung und den Unterhalt von nicht subventionierten Wegabschnitten. Minimale Massnahmen bei Unwetterschäden.	10'000.--	Einschränkung der Begeh- und Befahrbarkeit der Waldwege für die Erfüllung von Kernaufgaben und auch für Dritte. Erhöhung der Werkeigentümerhaftfälle. Abbau bei der personellen Auslastung.	SR
Maiensässe	Durch den Abbau der Instandstellungsdefizite reduziert sich der Aufwand beim Material und bei Arbeiten durch Dritte (3180).	30'000.--	Abbau der Personalauslastung. Eine kurzfristige zu starke Reduktion der Instandstellung führt langfristig aber wieder zu deutlichen Mehraufwänden.	SR

4.3.6 Feuerwehr

Die Churer Feuerwehr ist abgesehen von den Stellen eines Materialwarts (100 %) und einer Sekretärin (50 %) eine reine Milizorganisation. Die Stadtfirewehr ist in den letzten Jahren bestandsmässig um einen Drittel reduziert worden. Bestanden 1998 noch 3 Kompanien mit je einem eigenen Depot, ist die Tätigkeit der Feuerwehr heute innerhalb einer einzigen Kompanie weitestgehend auf den Standort Kalchbühl konzentriert. Obwohl die Milizorganisation heute teilweise an ihre Grenzen stösst, ist sie kostengünstig und hat sich grundsätzlich bewährt.

Derzeit werden überall im Kanton neue regionale Feuerwehren gebildet. Auch kleinere Gemeinden in der Umgebung der Stadt Chur überlegen sich eine intensivere Zusammenarbeit mit Chur bis hin zu einem eigentlichen Zusammenschluss.



Aufgaben der Dienststelle	Möglichkeit zur Reduktion des Aufwandes	Einsparpotential Franken pro Jahr	Folgen bei Realisierung (Personell, qualitativ, quantitativ, auf Einnahmen, bei Dritten usw.)	Kompetenz
Feuerwehrkommission Kommissionssitzungen	Aufhebung Die Aufgaben der Feuerwehrkommission können durch die Dienststelle oder den Stadtrat bzw. Gemeinderat beschlossen werden.	3'000.--	keine	Volk
Sold und Einsätze Besoldung der Miliz-Feuerwehr	- Reduktion der Anzahl Übungen	20'000.--	Der Ausbildungsstandard würde darunter leiden und längerfristig die Einsatztauglichkeit in Frage stellen.	Kommando
	- Revision des Besoldungsreglementes, d.h. Herabsetzung der festgelegten Ansätze	50'000.--	Es ist fraglich, ob damit die Bereitschaft für die Freiwilligkeit erhalten werden kann.	SR

4.4 Departement 3

4.4.1 Hochbauamt

a) Abteilung Hochbau

Als personell kleine Abteilung ist der Hochbau primär zuständig für den Unterhalt der stadteigenen Wohn- und Schulbauten. Bei Neubauprojekten erfüllt die Abteilung Koordinations- und Kontrollaufgaben. Ausserdem begleitet sie beauftragte Drittbüros und ist zuständig für die vollständige Bearbeitung kleinerer Bauvorhaben.

Bei der Abteilung Hochbau sieht der Stadtrat keinen Handlungsbedarf.

b) Abteilung Baupolizei

Die Baupolizei ist zuständig für das Baubewilligungsverfahren sämtlicher Objekte. Als personell ebenfalls bescheiden dotierte Abteilung ist sie Anlaufstelle für alle Baugesuche.

Bei der Baupolizei fallen einzig Gebührenanpassungen und das Verrechnen von Dienstleistungen in Betracht:



Aufgaben der Dienststelle	Möglichkeit zur Reduktion des Aufwandes	Einsparpotential Franken pro Jahr	Folgen bei Realisierung (Personell, qualitativ, quantitativ, auf Einnahmen, bei Dritten usw.)	Kompetenz
Erteilen Baubewilligungen	Erhöhung der Baubewilligungsgebühr 10 %	+ 25'000.--	Anpassen Gebührenordnung	SR
Zurverfügungstellung von alten Planunterlagen	Aufwand in Rechnung stellen	+ 15'000.--		Dep
Erheben Reversgebühren	Erhöhung der Gebühr um 10 %	+ 5'000.--	Anpassen Gebührenordnung	SR
Verw. öffentl. Grund und Luftraum	Erhöhung der Gebühren um 10 %	+ 6'000.--	Anpassen Gebührenordnung	SR

c) Abteilung Planung

Die mit drei Personen besetzte Abteilung befasst sich hauptsächlich mit der Stadtplanung (zurzeit die Bearbeitung des Paketes 2 bis im Jahr 2005). Daneben erfüllt sie zahlreiche Aufgaben im Bereich Quartierentwicklung und spezielle Arbeiten wie z.B. die Agglomerationsplanung.

Aufgaben der Dienststelle	Möglichkeit zur Reduktion des Aufwandes	Einsparpotential Franken pro Jahr	Folgen bei Realisierung (Personell, qualitativ, quantitativ, auf Einnahmen, bei Dritten usw.)	Kompetenz
Grundlagenarbeit und Studien	Reduktion der Drittarbeiten	50'000.-- bis 100'000.--	Vermehrter Einsatz durch eigene Mitarbeiter nach Abschluss Paket 2	SR

d) Abteilung Gartenbau

Eine wichtige Aufgabe ist die gesamte Planung, Bewirtschaftung und Pflege der Grünanlagen. Damit trägt diese Abteilung wesentlich zur Qualität des Stadtbildes bei. Im Rahmen der Stadtplanungsrevision ist sie für den Bereich Landschaft zuständig. Ebenfalls zum Pflichtenheft dieser Abteilung gehören die Friedhöfe und das Krematorium. Eine Reduktion des Pflegeaufwandes wird von der Einwohnerschaft sofort wahrgenommen und als Nachteil empfunden.



Aufgaben der Dienststelle	Möglichkeit zur Reduktion des Aufwandes	Einsparpotential Franken pro Jahr	Folgen bei Realisierung (Personell, qualitativ, quantitativ, auf Einnahmen, bei Dritten usw.)	Kompetenz
Bestattungen	Tarife anpassen, Gebührenerhöhung	bis + 100'000.--	Revision Gesetz/Verordnung	SR/GR/Volk
Dienstleistungen bei Anlässen wie Churer Fest etc.	Volle Kostenübernahme durch Veranstalter	+ 7'000.--		SR

4.4.2 Tiefbau- und Vermessungsamt

Das Tiefbau- und Vermessungsamt erfüllt ein breites Aufgabenspektrum; in den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Einsparungen erzielt.

a) Abteilung Tiefbau

In dieser Abteilung werden sämtliche Strassenprojekte (Neubau, Sanierungen) koordiniert und begleitet. Dazu gehören auch Aufgaben beim Bau und Unterhalt der Kanalisationen.

Aufgaben der Dienststelle	Möglichkeit zur Reduktion des Aufwandes	Einsparpotential Franken pro Jahr	Folgen bei Realisierung (Personell, qualitativ, quantitativ, auf Einnahmen, bei Dritten usw.)	Kompetenz
Lufthygiene-Messstation	Künden des Beitragvertrages mit dem Kanton	20'000.--		SR
Erschliessungsstudien und Umweltuntersuchungen	Studien nur projektbezogen durchführen und über Investitionen abrechnen	10'000.--	Höhere Investitionskosten	Dep

b) Abteilung Vermessung

Die Abteilung Vermessung hat durch den Betrieb des Landinformationssystem und des Geographischen Informationssystem (LIS/GIS) in den letzten Jahren sämtliche Betriebsabläufe und Dienstleistungen optimiert. Einschneidende Sparbemühungen können deshalb kontraproduktive Auswirkungen zur Folge haben. Es gilt, die ins GIS getätigten Investitionen nachhaltig zu bewirtschaften.

Die gemischtwirtschaftliche Personalstruktur mit fallweisem Beizug von externen Fachleuten erlaubt die Spitzenabdeckung und den Know-how-Transfer. Die Geometerarbeiten sind hoheitliches Arbeitsgebiet. Zirka die Hälfte des letztjährigen Ertrages von 1.1 Mio. Franken kommt aus der Privatwirtschaft, die andere Hälfte von den Industriellen Betrieben der Stadt Chur (IBC) und anderen Dienststellen.



Aufgaben der Dienststelle	Möglichkeit zur Reduktion des Aufwandes	Einsparpotential Franken pro Jahr	Folgen bei Realisierung (Personell, qualitativ, quantitativ, auf Einnahmen, bei Dritten usw.)	Kompetenz
Amtliche Vermessung, Nachführung GBV	Weniger Fixpunktschächte, dafür vermehrt Messingbolzen für die Versicherung verwenden	8'000.--	qualitativ vertretbar	SR

c) Abteilung Werkbetrieb

Bedingt durch den grossen Personal- und Fahrzeugbestand hat der Werkbetrieb ein breites Aufgabenspektrum im Strassen- und Brückenunterhalt sowie in der Kehrichtbeseitigung zu bewältigen.

Der Werkbetrieb wurde in den letzten Jahren in bedeutendem Umfang optimiert, und es konnten namhafte Einsparungen erzielt werden, vgl. dazu die Beispiele unter Ziff. 2.

Aufgaben der Dienststelle	Möglichkeit zur Reduktion des Aufwandes	Einsparpotential Franken pro Jahr	Folgen bei Realisierung (Personell, qualitativ, quantitativ, auf Einnahmen, bei Dritten usw.)	Kompetenz
Marktwesen	Vermietung von Mobiliar und Leistungen für Markt und Feste nicht mehr anbieten oder gegen Bezahlung	+ 20'000.--	Qualitätsabbau	Dep

d) Abteilung Kläranlage

Die Abwasserreinigungsanlage (ARA) erfüllt eine gesetzlich vorgeschriebene Aufgabe. Dabei besteht finanziell kein Spielraum. Trotz des Alters von bald 30 Jahren ist die ARA Chur nach wie vor in einem guten Zustand. Aufwendungen für Unterhalt und Erneuerung werden in nächster Zeit jedoch zunehmen.

Aufgaben der Dienststelle	Möglichkeit zur Reduktion des Aufwandes	Einsparpotential Franken pro Jahr	Folgen bei Realisierung (Personell, qualitativ, quantitativ, auf Einnahmen, bei Dritten usw.)	Kompetenz
Städtische Brunnen; Abwasserreinigung	Wasser versickern lassen oder Wassermenge auf Hälfte reduzieren von 250'000 auf 100'000 m ³ /a	20'000.--	Evtl. Algenbildung in den Brunnen	Dep



4.4.3 Grundbuchamt

Das Grundbuchamt erbringt für die Stadt mit einem minimalen Personaleinsatz eine gesetzlich vorgeschriebene Leistung auf einem qualitativ hohen Niveau. Im Rechnungsjahr 2002 ist ein Ertragsüberschuss von rund Fr. 670'000.-- erzielt worden.

Beim Grundbuchamt sieht der Stadtrat keinen Handlungsbedarf.

4.4.4 Industrielle Betriebe der Stadt Chur (IBC)

Die IBC erfüllen die in der Stadtverfassung bzw. im Gesetz vorgeschriebene Aufgabe, die Bevölkerung mit Strom, Gas und Wasser zu versorgen und tragen wesentlich zur positiven Ertragsseite der städtischen Rechnung bei.

Die IBC haben in jüngster Zeit zahlreiche Kosteneinsparungen realisiert. Die Aufgabe einer amtlichen Eichstelle für Elektrozähler wurde an Private übertragen, wodurch jährlich rund Fr. 80'000.-- eingespart werden können. Durch eine konsequent kostenorientierte Beschaffungspraxis können bei Dienstleistungen und Material pro Jahr weitere rund Fr. 80'000.-- eingespart werden. Auch bei den Zählerablesungen konnte durch die Straffung der Ablese-routen, die Modernisierung der Ablesegeräte und die Einführung der Selbstdeklaration der Liegenschaftensbesitzenden eine Stelle eingespart werden. Beim Erdgasbezug können durch Verhandlungen mit dem Lieferanten bessere Preise erzielt werden, was jährlich tiefere Beschaffungskosten von rund Fr. 170'000.-- bringt. Auch die Installationskontrolle konnte in bedeutendem Umfang optimiert werden; die Einführung einer Informatiklösung sowie organisatorische Massnahmen bringen eine jährliche Einsparung von rund Fr. 180'000.--. Ansonsten betrifft der überwiegende Teil der von den IBC vorgeschlagenen Massnahmen Bereiche, die der Strategie des Stadtrates für die IBC zuwiderliefen (vgl. dazu Botschaft betreffend Energiedienstleistungsprojekte, Nr. 54/2003). Aus diesem Grund werden lediglich folgende Massnahmen zur Umsetzung vorgeschlagen:

Aufgaben der Dienststelle	Möglichkeit zur Reduktion des Aufwandes	Einsparpotential Franken pro Jahr	Folgen bei Realisierung (Personell, qualitativ, quantitativ, auf Einnahmen, bei Dritten usw.)	Kompetenz
Postverteilung (intern/extern)	Synergie innerhalb der Stadt Chur nutzen	25'000.--	Abbau von 0.25 Stelle	SR
DL-Sponsoring	Verrechnung aller Dienstleistungen für Festanlässe, Vereine usw. (z.B. Stadtfest)	+ 50'000.--	keine	SR
Weihnachts- und Denkmalbeleuchtungen	Spezialbeleuchtungen nur gegen Verrechnung zu 100 %	+ 20'000.--	Attraktivitätsverlust der Stadt	Dep



5. Zusammenzug der Anträge des Stadtrates

Dienststellen	Minderaufwand	Mehreinnahmen
Stadtschule		
- Intensivfortbildung Lehrpersonen	Fr. 40'000.--	
Gewerbliche Berufsschule Chur (GBC)		
- Beenden der Subventionen BWS		Fr. 18'000.--
- Unvorgesehene Anschaffungen	Fr. 10'000.--	
Schulzahnklinik		
- Beratungsgespräche		Fr. 12'000.--
Hochbauamt, Abteilung Baupolizei		
- Erteilen Baubewilligungen		Fr. 25'000.--
- Zurverfügungstellung Planunterlagen		Fr. 15'000.--
- Reversgebühren		Fr. 5'000.--
Hochbauamt, Abteilung Planung		
- Grundlagenarbeit und Studien	Fr. 50'000.-- bis Fr. 100'000.--	
Tiefbauamt, Abteilung Tiefbau		
- Lufthygiene-Messstation	Fr. 20'000.--	
Tiefbauamt, Abteilung Vermessung		
- Nachführung GBV	Fr. 8'000.--	
Tiefbauamt, Abteilung Kläranlage		
- Städtische Brunnen, Abwasserreinigung	Fr. 20'000.--	
Industrielle Betriebe der Stadt Chur (IBC)		
- Postverteilung	Fr. 25'000.--	
Gesamttotal	Fr. 173'000.-- bis Fr. 223'000.--	Fr. 75'000.--



Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, den Anträgen des Stadtrates zuzustimmen.

Chur, 24. November 2003

Namens des Stadtrates

Der Stadtpräsident

Christian Boner

Der Stadtschreiber

Markus Frauenfelder

Aktenauflage

- Formulare der Dienststellen zur Aufgabenüberprüfung
- Betriebsanalyse Forst- und Alpverwaltung